

# CHRONIK DER ZEIT

## WAHLEN OHNE UMSTURZ UND OHNE ENTSCHEIDUNG

Die Gemeindewahlen in Italien und die Wahlen für die Nationalversammlung in Frankreich warfen ein sehr eindringliches Licht auf den geschichtlichen und sozialen Augenblick Europas. Sie haben in einer sehr durchdringenden Weise die politischen und sozialen Kräfte Europas geoffenbart und zogen die Bilanz der politischen und sozialen Bewegung Westeuropas seit 1945. Für Gewerkschafter und Sozialpolitiker sind diese Wahlen ernsthaften Nachdenkens wert.

Die beiden Wahlen haben keinen tiefgreifenden Umsturz der politischen Verhältnisse gebracht. Politisch ist in beiden Ländern beinahe alles beim alten geblieben, soweit die konkreten Regierungsgeschäfte in Frage kommen. In Italien haben die Wahlen den christlich-sozialen Kurs einigermaßen befestigt. In Frankreich ist eine Regierung aus den Mittelparteien mit einem — mutmaßlicherweise — nach rechts verschobenen Schwergewicht möglich und unausweichlich. Es ist also sozusagen nichts geschehen, fast nichts. Das politische Leben Europas geht weiter, ungefähr so wie vorher. Der Trost fast aller Lebenslagen, daß es noch viel, viel schlimmer hätte kommen können, steht reichlich zur Verfügung.

Es ist nichts Großes, es ist nichts Schlimmes passiert. Aber das ist eigentlich schlimm genug. Vor allem hat sich nicht verändert, daß die Kommunisten in den lateinischen Ländern Europas noch eine ernsthafte politische Macht darstellen. In Frankreich haben die Kommunisten 4,9 Millionen Stimmen erlangt gegenüber 3,6 Millionen Stimmen der Gaullisten, 2,5 Millionen der Sozialisten, 2,3 der „ministrablen“ Rechtsgruppen, 2,1 der Volksrepublikaner (Christlich-Soziale) und zwei Millionen der Radikalsozialisten (der Liberalen). Gewiß, die Kommunisten haben gegenüber den letzten Wahlen um 10 v. H. Stimmen abgenommen. Aber sie sind der Stimmzahl nach die stärkste Partei. Sie hat auf sich 25 v. H. aller Stimmen zu vereinigen vermocht.

In Italien sind eine Reihe „roter Hochburgen“ geschleift worden. Es gab seit den Tagen der Partisanenkämpfe und des Umsturzes eine Anzahl „kommunistischer Signorien“: in wesentlichen und wichtigen Städten herrschten dort kommunistische Stadtverwaltungen, in einigen rücksichtslos, in einigen durchaus fähig und geschickt.

Diese Anomalität des italienischen politischen Lebens ist jetzt beseitigt worden. Die Machtverteilung in den Gemeinden und Provinzen ist in einem erheblichen Umfang der politischen Konstellation des Parlaments und der Regierung angeglichen worden. Mailand, Venedig, Genua, Padua, Verona, Ravenna — um nur die wichtigsten Städte zu nennen — haben ihre kommunistischen Stadtverwaltungen verloren. Aber auch 1951 noch haben Millionen von italienischen Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern, für die Kommunisten gestimmt. In der zweiten Runde der Gemeindewahlen in Italien haben die Kommunisten und die mit ihnen verbündeten Linksozialisten von den 6,6 Millionen abgegebenen Stimmen 2,4 Millionen Stimmen erlangt, gegenüber 2,4 Millionen der christlichen Demokraten, 0,3 Millionen der Sozialisten und 0,3 Millionen der Liberalen neben den anderen kleinen Gruppen. Auf Sizilien errangen die christlichen Demokraten 31 v. H. der Stimmen, der kommunistisch-linksozialistische Block 30 v. H., die Neofaschisten 12,8 v. H. neben 4,4 v. H. sozialdemokratischer Stimmen. Also auch in Sizilien stellte sich der kommunistisch-linksozialistische Block als eine der massiven und großen politischen Kräfte dar.

Es bedarf der gründlichen Überlegung, warum dem so ist. Es wird nirgends bestritten, daß der Schwung der kommunistischen Partei auch in Frankreich und Italien nachgelassen hat. Auch hier ist die Partei selbst zu einem Agentenapparat geworden. Die kommunistischen Wähler dürfen keineswegs mit kommunistischen Aktivisten gleichgesetzt werden. Aber die Tatsache bleibt, daß in Frankreich und Italien ein kommunistischer Gürtel Europas besteht, der Millionen an Wählern und Sympathisierenden aufzubieten vermag. Was das weltpolitisch bedeutet, braucht nicht lange ausgeführt zu werden. In den Hauptstädten der Weltmächte werden die Überlegungen nicht fehlen, welcher Bündniswert bei einem ernsthaften Konflikt mit der Sowjetunion die Staaten haben können, in denen Millionen von Bürgern einer Partei folgen, die sich durch einen feierlichen Schwur zum Landesverrat in einem solchen Fall bekannt hat. Die Stärke der kommunistischen Bewegung in Frankreich und Italien ist ein Ausdruck der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit. Wir haben ja heute als die große Tatsache festzuhalten, die das Weltbild von Karl Marx in einem erheblichen Maße korrigiert, daß die Sozialrevolutionäre Be-

wegung vor allem im vorkapitalistischen Raum der Welt ihre Wurzeln hat. Die kommunistische Bewegung ist um so stärker, je zurückgebliebener Gesellschaft und Wirtschaft sind und je weniger die industrielle Entwicklung fortgeschritten ist. Die kommunistische Bewegung und ihr Echo auf der Rechten, nämlich die Neofaschisten, nehmen in Italien etwa nach Süden zu fortschreitend an Einfluß und Wählerzahlen zu. Dort, wo die italienische Lebensform an die levantinische Zersetzung und an das asiatische Massenelend streifen, sind die Kerngebiete der kommunistischen Partei.

Das alles darf andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, daß die kommunistische Partei sowohl in Italien als auch in Frankreich einen großen Anhang in durchaus „respektablem“ Volksgruppen hat. In Italien haben einige Gebiete mit einem reichen Bauernstand kommunistisch gewählt. In Frankreich zählen in manchen Teilen des Landes Arbeitergruppen durchaus modernen Stils mit einem hohen fachlichen und sozialen Standard zu den Wählern der kommunistischen Partei. Gerade darin hat sich die gewaltige politische und soziale Bedeutung der Gewerkschaften geoffenbart. In Italien und in Frankreich vermochten die Kommunisten nach 1945 die Gewerkschaften zu erobern und ihren Apparat zu besetzen. Die sozialistischen und christlichen Gewerkschaften sind dann abgesplittert. Aber das Schwergewicht der Organisation hat eben doch bewirkt, daß die kommunistisch geführten Gewerkschaften die stärkeren geblieben sind. Das Trägheitsgesetz bringt es mit sich, daß der französische Arbeiter zu einem großen Teil immer noch, wenn von „Gewerkschaft“ die Rede ist, an die Confédération General du Travail (CGT), den kommunistisch gelenkten Gewerkschaftsblock, und weniger an die Force Ouvrière den sozialistischen Gewerkschaftsbund, denkt. Dadurch haben sich die Kommunisten in den Augen der Arbeitermassen eine Legitimierung erwirkt. Bei all dem schauerlichen Mißbrauch, den sie mit dem Gewerkschaftsgedanken getrieben haben, wurden sie notgedrungen- und unvermeidlicherweise oft die Vertreter der Arbeiterinteressen. In Italien kommt hinzu, daß eine Menge kommunistisch geführter Stadtverwaltungen durchaus anerkennenswerte Leistungen auf sozialpolitischem und verwaltungsmäßigem Gebiet aufzuweisen haben. Es war von gewaltiger Bedeutung, daß sich die Kommunisten nach 1945 die berufenen, repräsentativen Organe der Arbeiterschaft zu erobern und dadurch eine nur langsam sich abschwächende Loyalität der breiten Massen zu sichern vermochten.

Die politische und soziale Situation in Italien und in Frankreich macht erneut die

Neutralisierung und Denaturierung der sozialen Kräfte in Westeuropa sichtbar, wie sie in dieser Zeitschrift seinerzeit in dem Aufsatz von Michael Freund „Stalin als Totengräber des Gewerkschafts Europa“ dargestellt worden ist.<sup>1)</sup> Die Kommunisten haben sich in Frankreich zum Wortführer legitimer sozialer Forderungen, Kräfte und Bewegungen zu machen verstanden und dadurch diese Kräfte aus der konkreten und realen Politik ausgeschaltet und ihr Gewicht auf der Waagschale des politischen Machtkampfes weggeschleudert. Kommunisten, Sozialisten und jener sehr erhebliche Teil der Christlich-Sozialen, der für soziale Fragen außerordentlich aufgeschlossen ist, wären in der Lage, eine Mehrheit der sozialen Reform in Frankreich zu bilden. Aber eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten wäre in der gegenwärtigen Weltlage ein selbstmörderisches Unterfangen. Dadurch wird der soziale Protest, der zu einem erheblichen Teil seinen Ausdruck in der kommunistischen Partei sucht, als eine Kraft der realen Politik weggewischt. Der Verlust kommunistischer Parlamentsitze ist prozentual weit größer als der Verlust an Wählerstimmen. Das geht auf die neue Wahlordnung zurück. Von der sterbenden Nationalversammlung wurde sie beschlossen. Dieses Wahlrecht hat seinen Zweck erfüllt. Es hat den Mittelparteien im wesentlichen die politische Führung in Frankreich überlassen. Man soll also nicht sehr viel an diesem Wahlrecht herummäkeln. Es mag nicht der vollkommenste Ausdruck des demokratischen Gedankens sein. Aber es ist besser, die Demokratie bleibt bestehen, als daß sie auf eine noch so vollkommene demokratische Weise zugrunde geht. Es ist auch nicht so sehr das Wahlrecht selber, das zu ernstem Nachdenken veranlaßt und bittere Gefühle auslöst, sondern die Tatsachen, die zu diesem Wahlrecht geführt und beinahe dazu gezwungen haben. Die französischen Mittelparteien haben dieses Wahlrecht beschlossen, weil es keine Bewegung mehr der politischen Mitte Frankreichs gibt, die für sich allein mit der Aussicht auf eine Mehrheit vor die Wähler hätte treten können. Das neue französische Wahlrecht ist außerordentlich kompliziert, und wer es ganz verstehen will, der ist bis zum Ende seines Lebens mit einer geistigen Aufgabe versorgt. Es läuft aber — grob formuliert — darauf hinaus, Wahlbündnisse zu erleichtern. Es prämiert alle Bewegungen, die kompromiß- und koalitionsbereit sind und Bündnisse mit anderen politischen Bewegungen einzugehen vermögen. Alle entschiedenen, auf einen scharfen politischen Kampf abgestellten Kräfte werden

1) Siehe Gewerkschaftliche Monatshefte, April 1950, Seite 180 ff.

durch das Wahlrecht benachteiligt. Die Kommunisten, die schlechthin unfähig sind, Wahlbündnisse einzugehen, sind die eigentlichen Leidtragenden der neuen Wahlordnung. Auch die Bewegung des Generals de Gaulle wurde, wenn auch nicht in diesem Umfang, durch das neue Wahlrecht behindert. Die Sozialisten haben mehr Sitze erlangt als ihrer Stimmzahl entspricht, weil die bürgerlichen Gruppen ihnen in vielen Wahlkreisen den Vorrang ließen, in denen der Sozialrevolutionäre Ansturm der Kommunisten besonders spürbar war. Der klare politische Gedanke aber ist dadurch wenig ermutigt worden. Die Aufgabe der kommenden Monate wird sein, aus den Christlich-Sozialen, aus weitgehend laizistisch eingestellten Sozialisten, aus freiwirtschaftlichen Radikalsozialisten, aus den Gruppen des Großbesitzes, die in den unabhängigen Parteien der Rechten ihre Vertretung gefunden haben, eine Regierung zu bilden. Es ist ausgeschlossen, daß eine solche Regierung einen geschlossenen, mit sich reißenden politischen Gedanken verkörpern könnte.

Frankreich und Italien weisen also nicht die wohltätige Spaltung der Nation in Regierungs- und Oppositionspartei auf. In Italien ist die Nation — im großen gesehen — in die christlich-soziale Bewegung und die kommunistische Bewegung aufgeteilt. Aber diese Linksoption in Italien ist keine erbfähige Opposition. Sie vermöchte nicht, die Regierung anzutreten, wenn das christlich-soziale Regime sich verbraucht hätte. In Frankreich gar ist die Nation zersplittert in eine Dreierheit, eine linke und rechte Opposition und eine „regierungsfähige“ Mitte. Zwar ist die befürchtete Drittelung der Nation nicht eingetreten, so daß etwa die Kommunisten ein Drittel, die Mitte ein Drittel und die radikalen Rechten ein Drittel an Stimmen erlangt hätten. Aber auch in Frankreich sind es 9 Millionen Wählerstimmen und 222 Parlamentssitze, die in dem regulären parlamentarischen Betrieb „nicht mitmachen“ und die eine „tote Hand“ der französischen Politik darstellen, 9 Millionen dem Regime selbst feindliche Stimmen. Es hätte wie gesagt viel, viel schlimmer kommen können. Die chronische soziale und politische Krise, die sich darin ausdrückt, hat nicht zu einem akuten, für die Demokratie lebensgefährlichen Anfall geführt. Aber die demokratischen Kräfte leben doch auf einer vom Links- und Rechtsradikalismus umbrandeten Insel.

Eine auffallende Erscheinung in der französischen Politik ist der Rückgang der MRP (Mouvement Républicain Populaire), der christlich-sozialen Bewegung. In Italien hat sich diese christlich-soziale Bewegung als führende politische Macht behauptet. In Frankreich war nach 1945 in dem damaligen

Dreiparteien-Regime (dem Tripartismus) die MRP der dritte Partner neben Kommunisten und Sozialisten. Der ganze mit einem vereinfachenden Wort als bürgerlich bezeichnete politische Raum war durch die Christlich-Sozialen beherrscht. Nach der großen apokalyptischen Krise des zweiten Weltkrieges schien es natürlich zu sein, die politischen Bewegungen unter den Gedanken der christlichen Erneuerung zu stellen. Dieser spezifisch politische Affekt hat, ob man es nun begrüßt oder beklagt, seine werbende Kraft verloren. Die christlich-politische Bewegung schien eine Chance zu haben, all die vielfältigen Gruppen rechts vom Sozialismus zu einer großen politischen Bewegung einzuschmelzen. Sie war die einzige bürgerliche Partei. Aber nun brechen in dem Schmelztiegel die ursprünglichen Elemente wieder durch. Die christlich-soziale Bewegung in Frankreich ist mehr und mehr zusammengeschrumpft. Sie bildet nurmehr eine mittlere Gruppe innerhalb der sogenannten bürgerlichen Parteien. Eine ähnliche Entwicklung ist ja auch in Deutschland im evangelischen Raum eingetreten. Die CDU hat ihre absolute Führerstellung unter den bürgerlichen Parteien verloren, während sich die christlich-soziale Bewegung im deutschen katholischen Raum (gestützt auf die kräftigen Traditionen des politischen Katholizismus) als ziemlich krisenfest erweist. Das politische und soziale Bild Europas hat sich also durch die Wahlen recht erheblich verändert. Die Partner, mit dem die soziale und gewerkschaftliche Bewegung im politischen Sektor zu rechnen hat, sind anders geworden.

Als politisch und sozial krisenfest erweist sich — wenn man die sozialpolitische Landkarte Europas überschaut — am stärksten immer noch der angelsächsisch-niederländisch-skandinavische Raum, zu dem in einem gewissen Sinn auch die Bundesrepublik gezählt werden kann. Hier fehlt die kommunistische Bewegung als Massenbewegung, hier besteht ein klares Wechselspiel zwischen Opposition und Regierung, hier gibt es keine „extraterritorialen“ großen Parteien, die nicht auf dem Boden der gegenwärtigen politischen Wirklichkeit stehen; hier tragen die Gewerkschaften wesentlich zur politischen und sozialen Legitimierung der demokratischen Parteien bei. Hier ist der demokratische Sozialismus am stärksten, und hier hat er in manchen Ländern sogar die ausgesprochen anerkannte Führung.

Die italienischen und französischen Wahlen zeigen aber, wie schnell solche Vorteile auch verspielt werden können und wie schwer das soziale und politische Leben wieder in völlige Ordnung gebracht werden kann, wenn es einmal aus seinen geraden Gleisen herausgesprungen ist.